



Antrag

der Abgeordneten **Uli Henkel, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

Expertenanhörung zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst führt eine Expertenanhörung zur Reformdebatte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch.

Begründung:

Die 16 Bundesländer haben im Oktober 2021 die Grundlage für eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland gelegt. Die Reform soll den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Zeit der digitalen Transformation zukunftsfest machen. Zugleich sollen Akzeptanz und Qualität forciert werden.

Die Ministerpräsidenten haben sich bei ihrer Konferenz in Königswinter auf den Entwurf eines Staatsvertrags geeinigt und diesen am 19. November 2021 veröffentlicht. Interessierte Bürger hatten bis zum 14. Januar 2022 die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Laut Presseinformationen sind über 2 600 Eingaben zur Reform eingegangen.

„Soweit man das nach den bisher gesichteten Eingaben sagen kann, bestehen bei den Bürgerinnen und Bürgern teilweise sehr unterschiedliche Vorstellungen dazu, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk insgesamt leisten muss, wie er dafür aufgestellt werden sollte und vor allem, wie die Anstalten ihren Auftrag bei der konkreten Gestaltung ihrer Angebote umsetzen sollen“, sagte die Koordinatorin der Rundfunkpolitik der Bundesländer, Heike Raab (SPD).

Aufgrund des großen Bürgerinteresses an den tiefgreifenden Reformen ist es unabdingbar, dass der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über die geplanten Reformen sowie über den Status Quo des neuen Medienstaatsvertrages informiert wird. Zum Expertengremium sollen Vertreter aus der Rundfunkkommission, der Wirtschaft, der Medienberufe und der Privatsender geladen werden.